

Schwarzwälder Tageszeitung

Aus den Tannen

Fernsprecher
Nr. 11

Landesblatt für den Bezirk Nagold und für Ultensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt

Verlagspreis: Im Monat Juni 8 000 M., mit Zustellungsgebühr. Ein einzelnes Exemplar 500 M. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 750 M., die Zeilenspalte 1800 M., Mindestbetrag 20 M. Bei Wiederholung Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt fünfzig Prozent zu ziehen.

Nr. 158.

Ultensteig, Dienstag den 10. Juli.

Jahrgang 1923

Ein halbes Jahr Ruhrkrieg.

Am 11. Juli ist ein halbes Jahr seit dem Einbruch der Franzosen ins Ruhrgebiet verstrichen. Ein Rückblick über die durch ihn herbeigeführten Veränderungen der Weltlage dürfte wenig geeignet sein, irgendwo, am wenigsten aber in Frankreich frohe Stimmungen aufkommen zu lassen. Von den Missionen, mit denen die Ränder des Ruhrgebietes im vergangenen Jahre ausmarschierten, ist eine in Erfüllung gegangen. Die „technische Kommando-Abteilung“ hat sich als die Vorhut einer riesenmäßigen, kriegerischen Armee herausgestellt, mit der Poincaré seine wahren politischen Pläne: die Zerstückelung Deutschlands und die Annexion von Ruhr und Ruhr endgültig durchzuführen hoffte. Allein er blieb auf Granit. Die Dekonomie des Militarismus zerplatzte an der Dekonomie eines weissen, friedlichen Volkes, besonders an der Dekonomie der Arbeiterklasse, die der Politik der Panzerautos und Maschinengewehre die Politik der gekreuzten Arme gegenüberstellte. Dieser Krieg der Waffenlosen gegen die Waffentragenden steht einzig da in der Geschichte moderner Kriegsführung, und er hat Erfolge erzielt, die die furchtbaren Opfer wohl wert sind, deren wir jetzt nach einem halben Jahr in noch währendem Kriege zugleich mit Trauer und mit Stolz gedenken.

Dieses halbe Jahr Ruhrkrieg hat die gesamte Welt wieder mit Achtung vor dem deutschen Namen erfüllt, nachdem sie die vierzehnjährigen Jahre des Weltkriegs hindurch gewohnt war, ihn mit Schauern und Bewunderung zu nennen. Zugleich hat er Frankreichs Namen mit einem Festhaken umgeben und diesen einzigen Hebel der Nationen mit völliger moralischer Isolierung bedroht. Nichts ist so ungewiss, als das halbe Jahr Ruhrkrieg Frankreich die schlimmsten Schläge verleiht, seine Schuldenwirtschaft trotz aller Diebstahle erhöht, seine Aussichten auf Reparationen senkt. Politisch aber hat es die große Krise herbeigeführt, die über das weitere Bestehen der Entente entscheiden wird. Europa hängt heute am Abhang. Sein Schicksal ist so ungewiss, daß nicht einmal eine Vermutung darüber gestattet ist, wie die zweite Hälfte des laufenden Jahres sich gestalten mag. Frankreich rümpelt mit aller Energie auf den Krieg. Die Welt sieht heute Herrn Poincaré anderthalb Jahre am Werk. Als er 1913 Präsident von Frankreich wurde, war er in der breiten Welt noch keine besonders bekannte Persönlichkeit. Heute kennt man ihn, heute sieht man, mit welcher Verbrennung und Fähigkeit dieser Mensch alle Probleme einer gewaltigen Weltlage zurecht, wie er einem schrankenlosen Imperialismus trotzt und vor keinem Verbreehen zurückschreckt. Heute wird die Welt sehr viel geneigter sein, das zu glauben, was aus russischen und nicht zuletzt auch aus französischen Publikationen klar hervorgeht, daß wir in Poincaré den wahren Vorbereiter und Entseher des Weltkrieges vor uns haben, das moralische Ungeheuer, als das eine raffinierte, weltumfassende Propaganda einst Wilhelm II. knagelhaft eifrig beflissen war. Auch zur Aufhellung der für Deutschland so wichtigen „Schuldfrage“ hat also das halbe Jahr Ruhrkrieg wesentlich beigetragen.

Aber entscheidend ist die totale Veränderung der französischen Weltposition, die sich in diesem halben Jahre vorbereitet hat. Heute steht die Entente mit England auf dem Spiel. Die Taktik Poincarés ist klar genug; er rechnet mit dem unmittelbaren Zusammenbruch Deutschlands und will, sobald er Tatsache geworden, lächelnd vor das aufgeregte England hintreten und fragen: „Wozu der Lärm? Was steht den Herren zu Diensten?“ Allein die Unruhe in England wächst, man hat durch die Presse die Forderung verbreitet, daß in der laufenden Woche eine schriftliche Antwort auf die englischen Fragen erwartet werde. Jedoch die Woche ist abgelaufen, und Poincaré hat nicht geantwortet. Englands Presse droht mit der Eventualität direkter englischer Verhandlungen mit Deutschland oder auch mit einer Einberufung einer Konferenz der neutralen Staaten unter Beteiligung Englands, Italiens und anderer Alliierten, die sich einer Einigung mit Deutschland ohne Frankreich anschließen würden. In Frankreich wurden diese Drohungen anfangs mit einer gewissen Verärgerung aufgenommen. Bald aber sah man sich und antwortete mit offenem Munde: eine Wiederannäherung zwischen Frankreich und England werde erfolgen, sobald der Zusammenbruch Deutschlands eine vollendete Tatsache sei. Bis dahin möge England ruhig die Politik

fortsetzen, die die es während der letzten sechs Monate eingeschlagen habe. Bis zum endgültigen Triumph Frankreichs werde man die Entente mit künstlichen Mitteln am Leben erhalten müssen.

Der Wert der schwächlichen englischen Politik besteht darin, daß sie Frankreich zwingt, Farbe zu bekennen. Und in dieser Zwangslage muß Poincaré den Graben, der bereits die Ententegenossen trennt, nur noch breiter und tiefer schaufeln. Poincaré arbeitet auf kurze Sicht. Er glaubt, wenn Deutschland zusammengebrochen sei, falle der Reiger von der Uhr, die Weltgeschichte werde sich, und Frankreich erhebe sich auf ewige Zeiten der Beherrschung Europas. Dieser Adoolatenspektive, die nur darauf ausgeht, den gerade schwebenden Prozeß zu gewinnen, steht die politische Perspektive eines Staatsmannes gegenüber, — ohne damit etwa andeuten zu wollen, daß Baldwin dieser Staatsmann sei — der die Geschichte Europas kennt und das fast monotone Spiel ihrer Kräfte, wie sich diese Kräfte immer wieder zusammenballen und die Macht zerbröckeln, die sich vermindert, Europa zum Schmelz ihrer Höhe zu machen, wie es blanke Unfug ist, von einem Untergang Deutschlands oder auch Frankreichs zu reden, oder von einer dauernden Oberherrschaft des einen über das andere. Frankreich, das große Kind, will den ihm glänzigen Augenblick der geschichtlichen Entwicklung mit Bajonetten verdrängen, und sieht nicht, daß es gerade die Bajonette sind, die ihm die Gunst der Situation vertreiben. In einer Zeit allgemeiner Rederei über die Würdigung ist es Frankreich, das die Würdigung herbeiführt, das den Gedanken eines Völkerbundes verhöht und allenthalben Annexionen und Kriege vorbereitet. Die stärkste moralische Macht unseres Kulturkreises, das Papsttum, ist dem Rasenden entgegengetreten, was bisher noch keine der auf ihre Waffengewalt pochenden „Weltmächte“ gewagt hat. Derwahrhaftig teuflischen Hungerblockade, die die Franzosen jetzt gegen die wechellosen Frauen und Kinder des Ruhrgebietes proklamieren haben, und die ihresgleichen nur findet in der ewig denkwürdigen Schandtat Lloyd Georges, der nach dem Waffenstillstand 1918 dem bereits bis auf die Knochen ausgehungerten deutschen Volke die Hungerblockade um weitere sechs Monate verlängerte und so mit all seiner geübten Gottseligkeit und gesalbten Eberkeit ein furchtbares Massensterben in der deutschen Kinderwelt organisierte, ist der Papst erneut mit Energie entgegengetreten, und hat sich damit den Dank aller verdient, die nicht glauben wollen, daß die Bestie im Menschen allein die Welt regiert. (D. A. B.)

Neues vom Tage.

Das Urteil im Hochverratsprozess Fuchs-Nachhaus.
München, 9. Juli. Montag vormittag wurde im Hochverratsprozess Fuchs-Nachhaus das Urteil verlesen. Der Angeklagte Professor Georg Fuchs wurde einstimmig wegen Verbrechens des Hochverrats zu 12 Jahren Zuchthaus, 2 Millionen Mark Geldstrafe und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren, der Angeklagte Mant wegen Verbrechens der Beihilfe zum Verbrechen des Hochverrats zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus, abzüglich 6 Wochen Untersuchungshaft, 30 Millionen Mark Geldstrafe und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre sowie Ausweisung aus dem Reichsgebiet, verurteilt. Die Angeklagten Berger und Gebrüder Gutermann wurden von der Anklage freigesprochen. Die Begründung des Urteils umfaßt 407 Schreibmaschinenseiten.

Zwangshaltung der deutschen Mark.

Berlin, 9. Juli. Im heutigen amtlichen Verkehr hat die Reichsbank alles auf, um die Kurse der Devisen niederzuhalten, sie nahm wieder Zuteilungen von 5 bzw. 10 Prozent vor. Am Effektenmarkt war das Geschäft auch heute wieder rege bei vorwiegend festen Kursen.

Die Sabotageakte im Ruhrgebiet.

Berlin, 9. Juli. In einer gemeinsamen Sitzung des Reichskabinetts mit der preussischen Staatsregierung waren auch die Sabotageakte Gegenstand der Erörterung. Nach dem „Vorwärts“ besteht volle Einmütigkeit in der Ablehnung und Verurteilung der Dynamitsabotage, die nicht nur die Abfuhr von Kohle und Holz unterbinde, sondern durch die folgenden Repressalien nur geeignet ist, den Widerstand der Bevölkerung zu zermürben und ängstliche Gemüter den Franzosen in die Arme zu treiben.

ben. Gegen die Mitglieder sogenannter Sprengkommissionen soll mit aller Entschiedenheit eingeschritten werden.

Belgischer Terror.

Duisburg, 9. Juli. Die Schuppelizei wird sich gewöhnen sehen, ihren Dienst einzustellen, weil die belgische Besatzungsbehörde den Dienstbefehl, monach auf alle Straßenpassanten nach 8 Uhr abends geschossen werden kann, nicht zurücknimmt. Ärzte, Hebammen und Geistliche erhalten keine Erlaubnisbescheine. Die Fahrräder der Passanten wurden beschlagnahmt. Handelte es sich um alte Fahrräder, so wurden sie vor den Augen der Eigentümer zerfetzt, während neue Räder einfach mitgenommen wurden.

Die aus Anlaß der letzten Vorkommnisse in Duisburg festgenommenen Geiseln dürfen keinen Besuch empfangen, selbst der Geiselnicht wurde der Besuch in schroffem Tone abgeschlagen.

Ruhrkronik.

Witten, 9. Juli. Der stellv. Regierungspräsident von Düsseldorf, Oberregierungsrat v. Torwiel, wurde von Franzosen verhaftet.

Dortmund, 9. Juli. Das Kriegsgericht in Witten verurteilte am 7. ds. Mts. den Direktor Karl Harr von den Hühner-Wecken in Herde wegen angeblichen Schmuggels zu 3 Monaten Gefängnis und 100 Millionen Mark Geldstrafe.

Weiter wurden verhaftet der Major a. D. Schäfer von der Firma Brodt aus Witten und der Eisenbahnwärter Schimanski aus Wanne unter dem Verdacht des Waffenspiels.

Keine Einreise nach dem besetzten Gebiet.

Berlin, 9. Juli. Auf den Randbahnhöfen des besetzten und Einbruchgebietes trifft noch heute täglich eine große Zahl von Reisenden ein, die nach dem besetzten Gebiet wollen. In einer Bekanntmachung weist die Reichsbahndirektion, zurzeit in Hamm, darauf hin, daß die Einreise in das unbesetzte Gebiet unmöglich und daß der Versuch, die Sperre zu umgehen, mit Lebensgefahr verknüpft ist, daß ferner das wachsende von Zurückgewiesenen überfüllt ist. Das Rote Kreuz rät daher dringend, auch von einer Einreise in das Randgebiet ab, da Unterkunftsbedürfnisse in diesem überhaupt nicht mehr vorhanden ist, Verpflegung und Unterstützung nicht gewährt werden können.

Androhung der Besetzung Frankfurts und Kassels.

Paris, 9. Juli. Nach der „Chicago Tribune“ wird unter den Sanktionen im Zusammenhang mit dem französisch-belgischen Schritt in der Sabotagefrage für den Fall einer deutschen Weigerung die Besetzung von Frankfurt a. Main und anderer großer Städte in der Nähe des besetzten Gebiets erwogen. — Der „Newport Herald“ berichtet aus London, daß im Unterhaus heute eine Anfrage an die Regierung gerichtet wurde, ob sie von der drohenden Besetzung Frankfurts a. M. und Kassels informiert sei.

England vor der Entscheidung.

Paris, 9. Juli. Von der neuen Woche erwartet man die Entscheidung über die Haltung Englands in der Ruhrfrage und damit auch über die Form der weiteren Zusammenarbeit zwischen England und Frankreich. Man wartet gespannt und zum Teil besorgt auf die Beschlüsse des heutigen Ministerrats in London.

London, 9. Juli. Das Unterhaus erwartet noch diese Woche Baldwin's Mitteilung über die internationale Situation. Sollte Frankreich und Belgien den diplomatischen Bruch mit Berlin provozieren, so dürfte England den Völkerbund auf Grund des Artikels 11 anrufen. Ueber den Stand der Verhandlungen veröffentlicht Reuters eine offiziöse Note, die darauf hinweist, daß die Verhandlungen der Verbündeten immer noch von höchstem Geheimnis umgeben seien, daß aber nach allgemeiner Auffassung die Lage sich noch nicht sehr geklärt habe.

Die holländische Presse gegen die Repressalien.

Amsterdam, 9. Juli. Fast die gesamte holländische Presse wendet sich scharf gegen die wegen des angeblichen Sabotageaktes bei Duisburg von den Franzosen vorgenommenen Repressalien. Sie stellt fest, daß diese Repressalien höchstens das Gegenteil der gewünschten Wirkung erzielen würden. Auch ein Teil der belgischen Presse wendet sich scharf gegen die Repressalien.

Die gefährliche augenblickliche Lage.

Paris, 9. Juli. Ebenso wie die englische ist auch die französische Presse sich über die gefährliche Spannung der augenblicklichen Lage klar. Der „Temps“ berichtet aus London, daß man keineswegs sicher sagen könne, ob die Verhandlungen zwischen Lord Curzon und dem französischen Vorkämpfer fortgesetzt werden. Curzon und Baldwin werden in den nächsten Tagen Erklärungen in den Parlamenten abgeben und es sei möglich, daß sie damit ein getrenntes Vorgehen Englands ankündigen werden. Ein Ministerrat wird Anfangs dieser Woche darüber entscheiden.

Vorkündigung des Papstes in Paris und Brüssel.

Rom, 9. Juli. Ueber den neuen Schritt des Papstes in Paris und Brüssel veröffentlicht der vatikanische „Osservatore Romano“ folgende Darstellung: Nach Zeitungsmitteilungen haben die französische und die belgische Regierung infolge des Attentats vom 30. Juni gegen einen belgischen Uraulaersua bei Duisburg beschlossen, strenge Maßnahmen zu ergreifen. Nachdem der Heilige Vater die Attentate im Ruhrgebiet bedauert und bei der deutschen Regierung angeregt hat, sich seinem Bedauern anzuschließen, und alles zu vermeiden, was eine Verständigung erschweren könnte, beauftragt er den apostolischen Nuntius in Paris und den päpstlichen Geschäftsträger in Brüssel, der französischen und der belgischen Regierung mitzuteilen, der Heilige Vater hoffe, daß seine Maßnahmen ergriffen werden, die die Spannung mit ihren entsprechenden Folgen vermehren würde.

Die aus Paris gemeldet wird, ist der Schritt schon vor einigen Tagen geschehen. In Paris ist dem Vertreter des Vatikan geantwortet worden, die französische Regierung müsse sich im Einvernehmen mit der belgischen Regierung vorbehalten, alle Maßnahmen zu treffen, um einer Wiederholung von Attentaten vorzubeugen.

Saarfrage, Danzig und Völkerbund.

Genf, 9. Juli. Der Völkerbundrat sagte nach langen Beratungen eine Entschliessung über die Saarfrage, in der er den Charakter der Regierungskommission im Saargebiet als Vertreter des Völkerbundrats und ihre kollektive Verantwortung feststellte sowie die Erwartung auf Aufhebung der Ausnahmebestimmungen zu gegebener Zeit ausdrückte, die Gründe für die Einführung der Frankensprache anerkennt und den Ausbau der lokalen Gendarmerie, die laut Vertrag an die Stelle der fremden Garnisonen tritt, anempfiehlt. Der Völkerbundrat beschloß ferner, trotz lebhaften Einspruchs des polnischen Vertreters Modjeski, auf Lord Roberts Cecil's Antrag, die Auslegung des Artikels 4 des polnischen Minderheitenvertrags dem internationalen Gerichtshof zu überweisen. Der Gerichtshof hat sich zunächst über die Zuständigkeit des Völkerbundes auszusprechen, soll aber im beabsichtigten Falle sofort sein Gutachten über Artikel 4 fällen.

Berlin, 9. Juli. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ schreibt: Wie nicht anders zu erwarten war, ist die Untersuchung über die Regierungspraktiken der sog. Saarregierung ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Auf der einen Seite sahme Erklärungen gegen manche Maßregeln der Saarregierung, auf der anderen Seite ein verkapptes Vertrauensvotum für dieselbe Regierung. Solange nicht auch die Vertreter des Saarlandrates in öffentlicher Sitzung gehört werden, bleibt jede Untersuchung nur eine Farce.

Genf, 9. Juli. Der Völkerbund hat über die Danziger-polnische Frage beraten. Der spanische Delegierte Quinones de Lyon erhaltete Bericht, der vom Rat einstimmig angenommen wurde. In dem Bericht wird der von der freien Stadt Danzig bisher immer vertretene Standpunkt bestätigt, daß die polnisch-Danziger Konvention vom Jahre 1920 eine Ergänzung und Erläuterung des Artikels 104 des Versailles-Vertrags darstellt, und daß im allgemeinen die Konvention als Richtlinie zu gelten habe. Im Falle von Streitigkeiten sollen wie bisher die beiden Bar-

ren sich an den Völkerbundskommissar wenden. Die Entscheidung über seine Zuständigkeit müsse dem Oberkommissar selbst überlassen bleiben. Der Berichterstatter gibt Kenntnis von der Bereitwilligkeit Polens, wieder zu den vom Völkerbundskommissar einberufenen Aussprachen zu erscheinen. Präsident Sahn betonte, daß der Bericht die von der freien Stadt Danzig stets vertretene Auffassung wiedergebe, und daß die freie Stadt Danzig jederzeit den vertraglich niedergelegten Ansprüchen Polens zur Geltung verhelfen werde.

Der Orientfriede gesichert.

Lausanne, 9. Juli. Der Orientfriede ist nun gesichert. In den letzten Besprechungen der Alliierten mit Ismet Pascha wurde in den noch strittigen drei Fragen eine Einigung erzielt. In der wichtigsten, der Coupon-Frage, haben die Alliierten auf die Anerkennung des Dekrets Rubarrem durch die Türkei, das die Goldzahlung der Zinsen für die ottomanische manische Schuld vorschlägt, verzichtet. Der Zahlungsmodus soll in direkten Verhandlungen der Gläubiger mit der türkischen Regierung festgesetzt werden. Die Zinsen bestehen einstufig auf der Zahlung der Zinsen in französischen Papierfranken. Die Räumung Konstantinopels und Gallipoli soll nach Ratifizierung des Friedensvertrags durch die Angora-Parlamente stattfinden und in 6 Wochen beendet sein. Nur in der Konzeptionsfrage dagegen haben die Türken sich zu einem Entgegenkommen gegenüber den Alliierten bereit erklärt. Die Franzosen haben also an ihrer Unnachgiebigkeit in der Coupon-Frage nicht mehr festgehalten und festhalten können, wenn sie ihre Niederlage in Lausanne nicht noch offensichtlicher machen wollten. Der Orientfriede, der nächste Woche unterzeichnet werden soll, bedeutet einen Sieg der außerordentlich geschickten und klugen türkischen Politik im Verein mit der angelsächsischen Politik. England hat seine Vormachtstellung im Orient gesichert und Frankreich sein Ansehen im Orient stark eingebüßt.

Deutscher Reichstag.

Die Wertbeständigkeit der Löhne.

Berlin, 7. Juli.

Der Reichstag behandelte am Samstag auch die Frage des Währungsstandes und die Wertbeständigkeit der Löhne. Zur gemeinsamen Beratung fanden ein sozialdemokratischer Gesetzentwurf zum Schutze der Währung, der den Ankauf fremder Zahlungsmittel oder von Edelmetallen ohne berechtigten wirtschaftlichen Bedarf unter schwere Strafe stellen will. Ein sozialdemokratischer Antrag, der die Lohnfestsetzung auf Grund eines Lohnindex verlangt und ein Zentrumstrag, der gleichfalls die Anpassung der Gehälter und Löhne an die Geldwertveränderung fordert. Die sozialdemokratischen Anträge begründet der Abg. Wissel. Er warf der deutschen Wirtschaft vor, daß sie auch die neue Devisenordnung sabotiert habe. Trotz unserer nur 15 Millionen Goldmark betragenden täglichen Einfuhr würden an der Börse an einem Tage für 100 Millionen Goldmark Devisen gekauft. Bei den Wertbeständigen Löhnen solle es sich nur um eine Ueberwälzungsmöglichkeit handeln, bis eine wirkliche Stabilisierung eintrete. Der Zentrumsgesandte erwidert dem Sozialdemokraten vor, daß er praktische Wege nicht gewiesen habe. Die Reichsregierung müsse ihren ganzen Einfluß im Sinne einer Einigung ausüben. Der Redner fordert Einführung der Todesstrafe für Wucherer.

Reichsfinanzminister Hermes stimmt dem Grundgedanken der Anträge über die Wertbeständigkeit der Löhne zu. Die Lösung dieser Frage sei sehr schwierig. Sie werde aber nur auf dem Wege eines Einverständnisses zwischen Reich und Ländern einerseits und Arbeitgebern und Arbeitnehmern andererseits gefunden werden können. Es werde zu prüfen sein, ob die Staatsbediensteten nicht eine ständige Lohn-

erhöhungskommission eingesetzt werden könne. Unmittelbar nach den Verhandlungen über die Erhöhung der Beamtengelder würden die Verhandlungen über die Erhaltung des Lohnwertes fortgesetzt. Die Reichsregierung werde alles tun, um eine Lösung zu erzielen.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärt, daß eine schnellere und bessere Anpassung der Arbeitslöhne an die Preisverhältnisse erfolgen müsse. Der beste Weg ist und bleibt die tarifliche Vereinbarung. Der erste wöchentliche Lebenshaltungsindex sei bereits erschienen. An einer Verbesserung und Ausgestaltung werde gearbeitet. Es wäre verfehlt, die Verhandlungen über die wertbeständigen Löhne als gescheitert zu betrachten. Die Reichsregierung werde mit allen Mitteln auf eine Verständigung hinarbeiten. Erst wenn der Weg der Verständigung versage, käme eine gesetzliche Regelung in Frage. Auf dem Gebiet der Sozialversicherung sei eine gewisse Wertbeständigkeit zum Teil bereits eingeführt und zum Teil in Vorbereitung.

Abg. Lambach (Dnt.) gibt namens seiner Fraktion eine Erklärung ab, wonach eine schnelle Anpassung der Gehälter und Löhne nur durch Verhandlungen der Beteiligten erfolgen könne. Mit einer schematischen Anpassung könne sich seine Fraktion nicht einverstanden erklären. Den Antrag des Zentrums werde die Fraktion annehmen.

Abg. Reinath (Dem.) erklärt, daß man mit Strafen und Zwangsbestimmungen das Uebel nicht beseitigen könne. Man müsse die Art an die Wurzel legen. Dringend notwendig sei, daß die maßgebenden Stellen wie auch die Reichsbank, einerseits die Kredite auf Goldbasis stellen, andererseits aber auch Goldnoten und Goldrechnung in der Wirtschaft einführen. Das starke Sinken der Reallohn sei schon in den letzten Kriegsjahren eingetreten. Die Schädigung treffe in noch höherem Maße als die Arbeiter die gehobenen Angestellten. Die Anpassung an die Lebenshaltungskosten vermindere das Interesse der Bevölkerung an der Preisgestaltung. Der Redner erklärt sich ebenfalls für den Antrag Marx.

Abg. Dr. Niefer (D. V.) stimmt gleichfalls dem Antrag Marx zu und beantragt, den Entwurf zum Schutze der Währung an den Rechtsausschuß zu überweisen.

Abg. Frölich (Kom.) unterstützt den sozialdemokratischen Antrag.

Der sozialdemokratische Gesetzentwurf zum Schutze der Währung geht an den Rechtsausschuß. Der sozialdemokratische Antrag über die Wertbeständigkeit der Löhne wird der Reichsregierung zu weiteren Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen überwiesen. Der Antrag Marx wird angenommen, ebenso der Teil des sozialdemokratischen Antrags, wonach Aufträge des Reiches nur an solche Firmen zu vergeben sind, die für ihre Arbeitnehmer die Wertbeständigkeit der Entlohnung eingeführt haben.

Nächste Sitzung unbestimmt.

Das Reichsschulgesetz. Der Bildungsausschuß des Reichstags beriet den § 3 des Reichsschulgesetzes. Es lag ein Antrag der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft vor, daß bei Befetzung der Stellen von Schulaufsichtsbeamten auf die Art der ihnen innerhalb ihres Verwaltungsbezirks unterstellten Schulen nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen ist. Die Vertreter der Sozialdemokratie erklärten sich gegen diesen Antrag, der Vertreter Preußens macht Bedenken geltend und der Vertreter Sachsens erhob lebhaften Widerspruch. Ein weitgehender Antrag der Deutschnationalen Sozialpartei, der besondere Bezirke für Schulaufsichtsbeamte nach der Konfession haben wollte, wurde von den meisten Parteien abgelehnt. Bei der Abstimmung wurde der vorhin erwähnte Antrag der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft mit 15 gegen 8 Stimmen angenommen.

Was mein einst war.

Roman von Fr. Lehne.

(44)

(Nachdruckverboten.)

Warum sollte er also diesen Vorschlag nicht annehmen? Dann wäre er aus allen seinen Sorgen heraus!

Aber nein, er konnte es nicht — ein Mädchen heiraten mit der Liebe zu einem anderen im Herzen, und wenn das Mädchen nur ein einfaches Bauernmädchen war — als Lügner und Betrüger wäre er sich dargekommen!

Nein!
Unter seinen buschigen Augenbrauen hervor beobachtete ihn Jakob Dangelmann. Als das Schweigen des Knöchels seiner Ungeduld zu lange dauerte, stieß er ihn mit dem Ellbogen in die Seite — „nun, warum überlegst du so lange? Hast es dir nicht? Wenn du auch nichts hast, du bist ein ordentlicher Mann — also schlag ein —“

Doch Karl Günther legte seine Hand nicht in die ihm entgegengestreckte Hand des Bauern.

„Es wird mir schwer, Jakob Dangelmann, zu sagen, daß es nicht so kommen kann wie Ihr denkt — denn die Marie und ich, wir passen nicht zusammen —“ möglichst schonende Worte für seine Ablehnung suchte er.

„Warum nicht? Das schönste Paar wäret ihr im Dorfe, du und die Marie! Und wenn ich das Glück hätte, noch Entstellter von euch beiden zu sehen —“

„Die Marie denkt ja nicht an mich —“

„Sie mag dich wohl leiden! Doch du bist nie mit ihr ausgegangen, so oft sie dich aufgefodert hatte! Darum hat sie sich einen andern gesucht — und gerade den rechten! Bestimme dich, Karl Günther, du könntest noch was aus der Marie machen —“ förmlich bittend und beschwörend klang Jakob Dangelmanns Stimme.

„Wird sind doch zu verschieden, die Marie und ich — das würde keine richtige Ehe geben, und eine Ehe in Unfrieden ist keine Ehe —“

„Da fing Jakob Dangelmann an zu begriffen. Traurig nickte er vor sich hin — „Ich verstehe es schon! Die Marie ist dir nicht gut genug! Du bist doch was Besseres als wir — aber mein schöner Hof —“ er verknüpfte die Finger ineinander, daß sie knackten, und mit fest zusammengepressten Lippen, eine tiefe Falte auf der Stirn, sah er da. Karl Günther merkte ihm an, wie enttäuscht er war!

„Nein, Bauer, so darft Ihr nicht denken! Ihr wißt, wie ich an dem Hof hänge —, aber mit dem Heiraten, das ist nicht so leicht! Zwei Leute, die sich nicht verstehen, sollen sich auch nicht zusammen tun! Die Marie wird schon klug genug sein und für einen Schwiegerjohn sorgen, der auch was hat — ich bin doch ganz arm —“

„Darauf schaue ich nicht, ob du was hast — du wärest mir auch so gerade recht gewesen —! Und nun denkst du auch noch ans Fortgehen —“

„Dann quält Euch nicht! Ich gehe nicht eher, bis Ihr wieder gesund seid! Ich mache meine Arbeit! Ihr könnt Euch wie immer auf mich verlassen!“

Karl Günther hatte das Gefühl, daß er dem Bauern die Versicherung geben mußte, so schwer es ihm unter den Verhältnissen auch wurde. Doch „sahnenflüchtig“ wollte er nicht werden!

Jakob Dangelmann war schwer enttäuscht, daß aus seinem so schön ausgedachten Plan nichts werden sollte. Doch mit seiner Bauernzähigkeit ließ er noch nicht davon ab — trotz Karl Günthers Widerspruch!

„Wer weiß, ob der nicht mit der Marie Streit gehabt — sie war ja immer so schnippisch und kurz — und da hatte er im ersten Kerger „nein“ gesagt! Er würde bei ruhiger Ueberlegung sich doch seinen Vorteil einsehen und sich anders besinnen!“

Mit diesem Gedanken tröstete sich Jakob Dangelmann.

12.

Erdmute von Eggersdorf war eine schöne, aber kühle Braut.

Das Herbe, Verschlossene, das ihr eignete, hatte sich in ihrem Brautstand womöglich noch verstärkt. Käst gab sie dem Verlobten auf, den ihre ganze Art schließlich in seiner Eitelkeit verlegte; er konnte nicht recht begreifen, daß die Braut seiner unwiderstehlichen Persönlichkeit gegenüber so ungerührt sein konnte. Es reizte ihn, sie aus ihrer Rückschlachtung zu bringen und ihre mädchenhafte Sprödigkeit zu besiegen. Doch blieb sie unter seinen Leidenschaftlichen Liebschöningen kühl und gelassen, ja er fühlte sogar, wie sie ihm auswich und ihm widerstrebt.

Er kam sich schließlich ein wenig lächerlich vor in der Rolle des schmachtenden Liebhabers, die sie ihm anheim gegeben — die ihm aber durchaus nicht lag; das hatten ihm die Frauen zu sehr verwohnt! Ihr Verhalten bestrebte ihn. War es Deune?

Jeden Tag kam er, und immer schwoerer wurde es für Erdmute, seinen Anblick zu ertragen. Sie war in einer unbefriediglichen seelischen Verfassung; sie verneinte den Verlobten zu hassen — und dennoch war er ihr unentbehrlich als Schutz gegen die Gedanken an einen andern, dessen Bild ihr in ihren tiefsten Träumen erschien — dessen ernstes, braunes, kühnes Gesicht ihr immer vor Augen stand!

Und so oft bildete der andere auch den Gesprächsgegenstand zwischen dem Vater und dem Pfarrer! Mehr als einmal betonte der Baron, wie sympathisch ihm der Mann sei und wie er ihn bewunderte, weil er sein Schicksal so männlich und gelassen trage!

„— und er hätte jetzt doch leicht eine Aenderung treffen können —“ warf der Pfarrer ein.

„Wieso, Hochwürden?“

„Es ist kein Unrecht, wenn ich darüber spräche! Jakob Dangelmann hatte ihm nämlich den Vorschlag gemacht, seine Tochter Marie zu heiraten und das Anwesen zu übernehmen — doch er hat es abgelehnt!“

„Abgelehnt —?“

(Fortsetzung folgt.)



Der Bauerntag.

(Schluß.)

Als dritter Redner des Allensfelder Bauerntages sprach Landtagsabg. Hornung-Schaubach, der die Landwirte zu ihrem Bauerntag begrüßte und die Notwendigkeit betonte, sich auf einem Bauerntag politisch auszupressen. Seiner Meinung nach solle unter den anwesenden Landwirten, die mit Schuld an den schlechten Verhältnissen seien, indem sie einen entsprechenden Wahlzettel auf das Rathaus getragen hätten. Er grüße bei den Landwirten in der eigenen Familie politische Gegensätze, die daher kommen, daß schon Leute wählen dürfen, die von der Politik nichts verstehen. Nach der Revolution habe man vielfach nicht links genug wählen können. Wenn aber ein Bauer links fahre, so wisse er, daß er in den Graden komme: er müsse wieder rechts fahren. So sei es auch mit dem Wählen. Man sei mit dem Links-wählen nicht nur in einen Graben, sondern in Abgrund gekommen. Man müsse wieder rechts wählen, um wieder in bessere Verhältnisse zu kommen. Man sollte es nicht für möglich halten, was wir für Strafe in Deutschland haben. Nur die allerersten Räder wählen ihre Reiter selber. Der Redner hält das Angebot Deutschlands an Frankreich für verfehlt. Frankreich solle erst verlangen, was es wolle, obdann könne man mit ihm reden. Man dürfe nicht immer so tanzen, wie man links pfeife. Die Revolution habe uns das größte Unheil gebracht. Seiner Gottes hätten wir in Deutschland so viele, die glauben, sie müssen den Franzosen ihre Geschäfte machen und ihnen in die Hände arbeiten. Die alte Regierung sei aber den Parteien gestanden. Jetzt habe man Parteipolitik, bei der ein Jeder an die Kruppe wolle. Der Redner weist auf den Ministerwechsel in Württemberg hin und darauf, wie schwierig die Lösung durch die Parteien war, sobald es fast so weit gekommen wäre, daß aus reiner Verlegenheit ein weiterer Ministerposten geschaffen worden wäre und zwar nicht aus Bedürfnis, sondern nur um die Parteien zufrieden zu stellen. Es sei das reinste Kasperltheater gewesen. Zum Glück habe man nun einen Minister gewählt. Die drei Koalitionsparteien seien sich einig darin, daß sie sich an den Kruppen teilen. Früher, bei der alten Regierung, hätten Demokraten und Sozialdemokraten nicht genug krigen und schimpfen können über das Beamtenum, die Militärlasten, Lebenslänglichkeit der Dienstverhältnisse u. s. w., jetzt aber, nachdem sie selbst an der Regierung seien, höre das Geschimpfe auf einmal auf. Im übrigen habe man im alten Staat wohl eine heimliche Wirtschaft gehandelt, jetzt sei sie aber unheimlich. Immer mehr Behörden würden geschaffen, statt weniger. In-standhaltung, Schulartzweiterung erfordern immer größere Mittel. Auch die Wohnungsbaufrage, die verzwanzigfacht worden sei. Mit dem Geld der letzten Jahre man aber trotzdem höchstens 1-2 Häuser in jedem Oberamt bauen. Auch bei dem Weg-gelch werde die Beamtenzahl mehr kosten, als das Steuer-hiebuch eingehe. Auch die Redaktionskosten sei verachtet angefaßt worden. Es sehe heute aus, als ob mit allen Mitteln daran geschäftet werde, daß das Volk nichts sehe. Es folge Steuer auf Steuer, so daß die Reformen voller Strauchbeamer seien. Es wäre besser, wenn in den Reformen wieder Soldaten wären. Wenn die Sozialdemokratie sage, der Reichstag müsse erfüllt werden, so meine sie damit den Bauern und glaube, daß man bei ihm nicht genug Steuern nehmen könne. Der Reichstag der Bauern sei aber nur ein Scheinbarer. Der Redner sagte weiter, man habe den Bauern während des Krieges ihre Erzeugnisse fast geschenkt abgenommen, während man der Industrie das Geld nachgeworfen habe und jetzt glaube man, man müsse dem Bauern das Geld holen. Immer mehr Sitzungen würden abgehalten, um neue Gesetze gegen die Bauern zu schaffen. Im Landtag sei alles gegen den Bauern- und Mittelstand. Ob Bauer, ob Arbeiter oder Handwerker, man müsse zusammenhalten. Die Sozialdemo-kratie schimpfe sonderbarer Weise nicht über die Juden, son-der nur über die Bauern. Es gebe merkwürdiger Weise Bauern, die halbe Bauernhändler und halbe Demokraten seien. Der Bauer, der heute noch Demokrat sei, der habe den Anschlag verpaßt, oder wolle heute noch umkehren. Die Demokratie sei verjüdet und der Schwanz der Sozial-demokratie. Der Bauer müsse Farbe bekennen; der Demo-krat tue das nicht. Auch bei den Zentrumsleuten sei dies nicht der Fall. Bauern und Handwerker sollen an einem Strang ziehen: rechts fahren und rechts wählen. Dann komme man wieder heraus aus dem Sumpf.

Nachdem der Vorstehende Dax den beiden Rednern und wachenden Bauern den Dank ausgesprochen hatte, hielt Hofrathmann W. D. D. Stuttgart einen Vortrag über die Landwirtschaft. Die werden auf diesen Vortrag noch ausführlich zurückkommen. Als letzter Redner sprach ein Herr Ernst als Vertreter des Bad. Landbundes. Er gab seiner Freude über den schönen Festzug Ausdruck und über die anwesenden Vertreter echten Bauernstandes, wies auf den sogenannten Friedensvertrag von Versailles hin, auf den Feind im Lande und auf das schändliche internationale Judentum. Die Ehre des Vaterlandes sei eine selbstverständliche Forderung. Der Redner sprach gegen internationale Versumpfung, gegen falsch verstandene Menschlichkeit und Weiblichkeit, gegen den französisch-belgischen Einfall und Übermut, gegen gegenüber Willen und die Amerikaner kein Wort des Protestes verlieren, und gab der Möglichkeit Ausdruck, daß wir eines Tages das Joch unserer Feinde abschütteln müssen. Unsere Brüder an der Ruhr, die so fest stehen in ihrem Widerstand, seien in der Lage, noch andere Taten zu vollbringen. Wenn dieser Zeitpunkt gekommen sei, dann gelte es unsere Brüder zu unterstützen auf Leben und Tod.

Landwirt Dax sprach alsdann die Schlusssätze, hoffend, daß die Saat, die heute gesät worden sei, reiche Früchte bringen werde. Damit war der offizielle Teil des Bauern-tages beendet. Gefällige Unterhaltung und Ausflistung ga-ben noch manche Anregung für die Landwirte, die von ihrem Bauerntag offensichtlich befrachtet heimkehrten.

Die Hitze. Man kennt sich nicht mehr aus in dieser Welt! Vor 10 Tagen noch Kälteferien in manchen Schulen des Reiches und jetzt Tag für Tag Hitzewallung. Das Thermometer steht im Schatten auf 27 Grad und darüber, in der Sonne stieg es sogar auf 34 Grad Hundstagshitze vor der Zeit! Der reparierte Regenschirm, ohne den man im Juni nicht ausgehen konnte, hat seinen Abschied erhalten. Alle Prophezeiungen der Meteorologen vom kühlen Juli sind zu Schanden geworden. Amerika hat seine Hitze ge-schickt. Ja, Dollarkita ist Trumpf!

Eine Mahnung zur Vorsicht! In den letzten Wochen sind aus verschiedenen Teilen des Landes Nachrichten über Verabungen und Diebstählen in Bauernhäusern gekommen, wobei den Einbrechern und Dieben Millionen in Sachwerten, in Metall- und Pa-piergeld zur Beute fielen. Infolge der besseren Bitterung mußte die Landbevölkerung in der letzten Woche mit Hochdruck auf Wiesen und Feldern arbeiten, um die verpödeten Heuernte hereinzubringen. Die Leutenot bringt es mit sich, daß für die Heuarbeit auch die letzte Arbeitskraft mobil gemacht wird. In allzu großer Sorglosigkeit und Vertrauensseligkeit lassen die Leute aber beim Fortgehen vielfach ihre Anwesen offen oder doch wenigstens ohne ausreichenden Verschluß. Die Landbevölkerung sollte sich durch die dreifachen Diebstähle, bei denen in einigen Bauernhäusern der ganze Besitz an Bekleidungsgegenständen gestohlen wurde, ernstlich warnen und zur Vorsicht mahnen lassen. Das gilt auch für die Zeit des sonntäglichen Kirchgangs. Vorsorglichkeit und Vorsicht ist auch hier besser, als nachträgliches Jammern.

Saatensonderbericht für Württemberg. Nach dem Bericht des württ. Stat. Landesamts über den Stand der Saaten in Württemberg zu Anfang Juli ist die Entwicklung der Feldfrüchte durch die kühle und regnerische Aunwitterung in unvollständiger Weise beein-flußt worden. Am wenigsten schelen die Haalfrüchte gelitten zu haben. Die Heuernte zog sich mehrere Wochen lang hin und war zu Anfang Juni verschiede-norts noch nicht beendet. Der Menge nach fällt der Ertrag sehr gut aus; aber an Güte läßt der dies-jährige Heuertrag zu wünschen übrig. Die Obst-aussichten haben sich gegenüber dem Vormonat verschlechtert und es kann jetzt schon gesagt werden, daß gegen die vorjährige gute Ernte der heurige Ertrag in Apfel- und Birnen wesentlich zurückgehen wird. — Der Monat Juni ist nach den meteorologischen Aufzeichnungen der kälteste unter den Juni Monaten in den letzten 100 Jahren gewesen. — In der oblichen Stufenfolge ersehen sich für Anfang Juli folgende Landesdurchschnittswerte: Winterweizen 2,5 (Vormonat 2,5), Sommerweizen 2,8 (2,8), Winterhafer 2,5 (2,5), Winterroggen 2,9 (3,0), Sommerroggen 3,0 (2,9), Wintergerste 2,8 (2,8), Sommergerste 2,5 (2,5), Dinkel 2,7 (2,8), Kartoffeln 2,8 (2,8), Hopfen 3,1 (2,4), Ruckerrüben 2,7 (2,7), Runkelrüben 2,8 (2,9), Klee 2,7 (2,8), Luzerne 2,6 (2,6), Bewässerungswiesen 2,8 (2,4), andere Wiesen 2,3 (2,5), Weizen 3,4 (3,2), Birnen 4,0 (3,7), Weinberge 3,2 (2,9).

Erhöhung der Postgebühren. Von ausländischer Stelle wird mitgeteilt, daß die Reichspost im Monat Mai ds. J. einen Zuschuß von 92.228 Milliarden Mark in Anspruch genommen hat. Die Vorlage über die Er-höhung der Postgebühren, die am 1. August in Kraft treten sollen, wird den Reichsrat am Dienstag beschäfti-gen.

Stuttgart, 9. Juli. Aufteilung des Ober-amts Cannstatt. Dem Landtag ist jetzt der Ge-richtsentscheid über die Aufteilung des Oberamtsbezirks Cannstatt zugegangen. Nach dem Entwurf sollen Ober-amtsbezirk und Amtsdörperschaftsverband Cannstatt auf den 1. Oktober 1923 aufgelöst und auf diesen Zeitpunkt die Gemeinden Rotenberg, Schanbach und Ullbach dem Oberamtsbezirk und Amtsdörperschaftsverband Eßlingen, die Gemeinden Hofen, Rühlhausen, Münster, Hohrader, Ellenbuch und Jagenhausen dem Oberamtsbezirk und Amtsdörperschaftsverband Stuttgart-Ulm, die Gemein-den Fellbach, Döffingen, Rommelshausen, Schindeln und Stetten dem Oberamtsbezirk und Amtsdörperschaftsver-band Waiblingen einverleibt werden. Die Gerichtsbe-zirke, die für die Gemeinden des bisherigen Oberamts-bezirks Cannstatt künftig zuständig sind, sollen durch Ver-ordnung des Staatsministeriums bestimmt werden.

Stuttgart, 9. Juli. (Pfarrbesoldung.) Das Staatsministerium hat einen zweiten Nachtrag zum Staatshaushaltsgesetz für 1922 und einen vierten Nach-trags zum Staatshaushaltsgesetz für 1923 vorgelegt. In diesen werden für Dienst, Verwaltung des Kirchen- und Schulwesens weiter gefordert für 1922 in Kap. 41 Evangelisch Kirchenleitung, Kap. 43 Dienstentkommen der evang. Geistlichen und sonstige Aufwendungen für die evang. Kirche, Kap. 44 Bistum und Priesterseminar und Kap. 46 Dienstentkommen der kath. Geistlichen und sonstige Aufwendungen für die kath. Kirche im ganzen 2.380.194.351 M. und für 1923 in denselben Kapiteln im ganzen 14.510.907.213 M.

Bädermeister-Protest. Die vom Württ. Bäderinnungs-Verband einberufene Protestversammlung wegen des Vorgehens der Wucherpolizei gegen die Bäder-reien in Stuttgart und Ludwigsburg nahm folgende Ent-scheidung an: Die aus allen Teilen Württembergs — auch vom hiesigen Handwerk und Gewerbe — außer-ordentlich stark beachtete Protestversammlung des Württ. Bäderinnungs-Verbandes hat mit Entrüstung von dem aufreizenden Vorgehen und ungesetzlichen Einschreiten der Wucherbehörden gegen Ludwigsburger und Stutt-garter Bädermeister Kenntnis genommen. Sie bittet die Bevölkerung, überacual zu sein, daß das gesamte

Bädergewerbe bestrahlt ist, im Rahmen der eigenen Ver-sorgungsfähigkeit die Preisstellung möglichst nieder zu hal-ten, was daraus hervorgeht, daß von den zuständigen Preisprüfungsstellen die ihnen rechtzeitig zugestellten Preisberechnungen anerkannt werden mußten. Gegenüber dem Einschreiten der Wucherbehörden erhebt die Ver-sammlung schärfsten Widerspruch und verlangt von den Behörden eine unparteiische und unbefangene Behand-lung der berechtigten Interessen des württ. Bädergewer-bes.

Ferienheim. Das Rudolf-Sofienstift am Wilt-park wurde am Sonntag als Ferienheim von der Deut-schen Gesellschaft für Kaufmannserholungsheime eröffnet. 110 Zimmer stehen für Erholungsbedürftige aus Indus-trie und Handel zur Verfügung.

Rordheim, 9. Juli. (Tödlicher Unfall.) Bauer und Weingärtner Friedrich Edert wollte Heu von der Scheune abwerfen und trat dabei anscheinend auf ein morsches Brett. Er brach durch und fiel so unglücklich auf den im Scheuertenn stehenden Wagen, daß er einen Schädelbruch davontrug. Er starb bald darauf.

Schwaigern, 9. Juli. (Besuch.) Der erste Schnitt.) Der 4. Sohn Kaiser Wilhelms II., Prinz August Wilhelm von Preußen, ist letzten Freitag abend im hiesigen gräflichen Schloß auf einige Tage zu Besuch eingetroffen. — Die erste Wintergerste wurde am Sam-stag von Sonnenwirt Reinwald geschnitten und einge-bracht.

Hall, 9. Juli. (Ertrunken.) In der städtischen Flussbadeanstalt erkrankte der auf der Stadtpflege ange-stellte Verwaltungskandidat Heine, Sohn des Schreiner-meisters Heine.

Saildorf, 9. Juli. (Ertrunken.) Der Knecht Kircher von Raibach ist beim Baden im alten Kocher an eine tiefe Stelle geraten und ertrunken. Seine Kameraden, die wohl Hilfe herbeiholten, konnten den unglück-lichen jungen Mann nur noch als Leiche bergen.

Höchingen, 9. Juli. (Spende.) Der Fürst von Hohenzollern hat für den Bau des hiesigen Altersheims auf Eingabe des Kleinrentnerausschusses 100 Zehntner Rundholz, im Wert von 50 Millionen Mark gestiftet und ferner den gesamten Bedarf an Bausteinen gestellt.

Spiel und Sport.

Der Fußballsport hat seine Ruhesause in allen deutschen Gauen erhalten. Wohl war in Jülich ein Spiel der Spielvg. Jülich gegen eine spanische Mann-schaft aus Barcelona angefaßt, aber der Kampf mußte ausfallen, da Passivierarbeiten die Einreise der Span-ier unmöglich machten. Die Vakanzreise des 1. F.-K. Freiburg, der in Agram gegen Sparta mit 6:2 ge-wonnen hatte, in einem zweiten Spiele gegen den kroatischen Meister 0:4 unterlegen war, brachte im dritten Spiele in Fiume gegen Gloria den Freiburgern abermals eine Niederlage von 1:5.

Anlässlich des Abschlusses des Deutschen Turnfestes in München werden der 1. F.-K. Nürnberg und die Stuttgarter Adlers ein Werbespiel vorführen, zu dem der S. B. bereits seine Genehmigung erteilt hat.

Leichtathletik. Am Samstag und Sonntag wurden auf dem Degerlocher Spielplatz die Meisterschaften in der württ. Leichtathletik ausgetragen, die wieder aus-geszeichnete Leistungen brachte. — Bei den badischen Meisterschaften, die in Freiburg zur Durchführung kamen, war wohl die beste Leistung der Speerwurf von Badgeister (Freiburg) mit 59,20 Meter, sowie im Diskuswerfen mit 40,28 Meter. — Bei den nord-badrischen Meisterschaften fehlten gute Ergebnisse. Es scheint, daß Nordbayern zurzeit in der Leichtathletik die Heranbildung von Größen vergessen hat.

Kadzfahren. In Heilbronn wurde die Gaumeisterschaft des Gau 8 des S. D. R. im Bierer-Mannschaftsfahren vom 1. R.-S. Heumaden in 3 Std. 10 Min. gewonnen. — Bei der vom S. D. R. veranstalteten Fernfahrt „Rund um den Schwarwald“ lieferten sich der süddeutsche Meister Plattner und der Altmeister B. Haas ein totes Rennen.

Wetter.

Das heiße Sommerwetter wird auch am Mittwoch und auch Donnerstag anhalten. Die schwüle Hitze aber Gewitterbrüngen bringen.

Letzte Nachrichten.

3er Tage.

W. London, 10. Juli. Gestern Vormittag wurde unter dem Vorsh Baldwin's eine fast stündige Kabinets-sitzung abgehalten. Den Wählern zufolge wurden dabei die Mitteilungen Baldwin's über die Besprechungen Baldwin's, die er am Freitag mit den drei Reichsoffizern der Verbände hatte, zur Kenntnis genommen. Man nimmt an, daß Baldwin im Unterhaus und Lord Curzon im Oberhaus gleichlautende Erklärungen über die Haltung Gr. britanniens abgeben werden.

Der Londoner Berichterstatter des Manchester Guardian zufolge wurde die französische Regierung benachrichtigt, daß die britische Regierung selbständige Schritte zu wolle, wenn Frankreich nicht unverzüglich auf den britischen Fragebogen antwortet. Die Gründe hierfür seien die verzwweifelte Lage in Deutschland und die Notwendigkeit einer schnellen Aktion, sowie die Auflösung der britischen Regierung, daß die deutsche Note vom 7. Juni, die ein ehliches Angebot darstelle, u. a. vorläufig brantvortet und zur Grundlage von Berhan-lung gemacht werde.



Aus dem Hause Doorn.

Der entstellte Bericht über einen Studentenbesuch

Vor einiger Zeit ging durch eine Reihe deutscher Zeitungen ein Bericht über einen Besuch deutscher Studenten im Hause Doorn. Für jeden Kenner der Verhältnisse charakterisierte sich der Bericht von vornherein als ein tendenziöses Nachwerk. Von den sechs Studenten, die an jenem Besuch teilgenommen haben, studieren vier in Marburg. Das Presseamt des Hochschulrates deutscher Art veröffentlicht nachstehende Aufschlüsse, wobei zu bemerken ist, daß der Verfasser derselben keine Erklärungen im Namen seiner übrigen drei Marburger Kommilitonen abgibt. Es heißt darin:

Etwa Mitte Juni sind in verschiedenen deutschen und schweizerischen Tageszeitungen Artikel über den Besuch einiger Leisbäcker und Marburger Studenten beim ehemaligen Kaiser in Doorn gelegentlich einer Spielpartie durch Holland erschienen, die ihre Grundlage in den „Neographischen“ (?) Aufzeichnungen des Leipziger Studenten cand. phil. Wiehe haben, dem die Spielleitung übertragen worden war. Bei den anwesenden Teilnehmern an der Audienz (insgesamt waren es nur sechs) herrschte völliges Einverständnis, da sie sich durch das Vorgehen des Herrn Wiehe auf das peinlichste verletzt und in empörender Weise beschimpft fühlen.

Die objektiven Grundlagen des Berichtes sind in Kürze folgende: Wir hatten zunächst Gelegenheit, bei einem Tee, der etwa eine Stunde dauerte, einige Herren der Umgebung des ehemaligen Kaisers (seinen Hofmarschall, Leibarzt usw.) flüchtig kennen zu lernen und wenige Worte mit ihnen zu wechseln. Zwei Tage später waren wir am Hause Doorn, d. h. wir trafen um 11 Uhr im Morgen im Gebäude ein, begegneten eine gute halbe Stunde später dem Kaiser, der sich ungefähr eine Viertelstunde mit uns in seinem Park unterhielt, sodann nahmen wir in einem Nebengebäude ein Mittagmahl ein, worauf wir ins Dorf zurückwanderten. In bezug auf die näheren Einzelheiten ist zu sagen, daß die „unbefangenen Aufzeichnungen“ ein unglaublich wildes Gemisch von Wahrheit und tendenziöser Dichtung darbieten. Es stellt sich als unmöglich heraus, auf jede einzelne Ungenauigkeit, Gehässigkeit und Unrichtigkeit einzugehen.

Es muß mit aller Schärfe betont werden, daß der Kaiser jedes Wort über Politik, Krieg, Frankreich, Sozialdemokratie, Konservatismus usw. völlig vermeiden hat. Alle dahingehenden Äußerungen sind ihm fälschlich in den Mund gelegt, erdichtet. Die einzigen Worte, denen politischer Sinn untergeschoben werden könnte, fielen, als Schreiber auf Befragen erklärte, daß auch er sich im März 1920 der Regierung zur Verfügung

gestellt hat und mit dem Studentenkorps in Thüringen gewesen ist. Der Kaiser sagte darauf: „Die Marburger Studenten stehen bei mir in gutem Andenken“ und weiterhin: „Die Studenten müssen es mal wieder machen.“ Alles, was nun in dem Bericht folgt, ist frei erfunden.

Noch einige kleine Bälle. Von der Inneneinrichtung des Schlosses konnten wir beim besten Willen nichts bemerken, da wir überhaupt nur auf etwa hundert Meter herangekommen sind. Die darüber gemachten Angaben sind vollkommen aus der Luft gegriffen. Den übrigen Teilnehmern gilt es als völlig ausgeschlossen, daß die häßlichen Bemerkungen über die körperliche Beschäftigung des Kaisers auf persönlicher Beobachtung beruhen. Ueberhaupt sind fast alle geschilderten Einzelheiten ins Groteske oder Possenhafte verzerrt.

Zum Schluß heißt es in dem Bericht: Das Vorgehen des Herrn Wiehe wiesen wir nicht nur als ungerechtfertigt, sondern als leichtfertig zurück.

cand. med. Friß Kap (Marburg).

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Deutschland und der Völkerverbund. Aus London kommt die Meldung, daß die englische Regierung in Berlin sondiert habe, um den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund zu Wege zu bringen und daß entsprechende Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung stattgefunden hätten. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß von einem Schritt der englischen Regierung nichts bekannt ist.

Gründung der Eisenbahntarife. Der Reichsverkehrsminister hat den ständigen Ausschuss des Reichseisenbahnrates auf 18. Juli einberufen. Gegenstand der Tagesordnung ist die Anpassung der Tarife an die Geldwertveränderung.

Bermittlungsaktion im Berliner Metallarbeiterstreik. Zum Streik der Berliner Metallarbeiter hat der erste Vorsitzende des Berliner Gewerbegerichts eine Vermittlungsaktion eingeleitet, indem er die Parteien zu einer Besprechung am Montag vormittag geladen hat. Die Streikleitung hat zustimmend geantwortet.

22 Todesopfer der Jugspitze. Die Alpenvereinsaktion München verbreitet soeben eine Warnung, worin es heißt: 22 Todesopfer hat seit Kriegsende der Leichtsinn gefordert, mit dem die Jugspitze bestiegen wird. Viele konnten nur durch die Hilfe und Aufopferung der Führer, des Wetterbeobachters auf der Jugspitze, des Hüttenpersonals oder gräbiger Bergsteiger dem Tod entzogen werden. Zum großen Teil ohne jede Bergausrüstung, ohne Ausrüstung, ohne Padel, Stoch, genaueste Schuhe, vielmehr in leichtester Kleidung, bei jedem Wetter, wollen die Menschen professionssüchtig zur Jugspitze, um auf dem höchsten Gipfel des deutschen Reiches gewesen zu sein.

Verhinderung Frankreichs vor Amerika. Die französische Kammer hat das Washingtoner Abkommen vom 6. Februar 1922 über die Beschränkung der Seerüstungen mit 460 gegen 196 Stimmen bestätigt.

Eine eiserne Kanalbrücke gekollert. Wie das „Zoefer Kreisblatt“ meldet, ist eine der bereits im Eisengerüst fertiggestellten Brücken über den geplanten Lippekanal von überaus frechen Lieben abgebaut worden. Die schweren Einträger hat man auf Lastautos abgefahren.

Handel und Verkehr.

Die amtlichen Devisen für Montag. Die Notierungen sind in Berlin u. Frankfurt dieselben.

Amsterdam	70 423 G., 707 56 Br.
Brüssel	8 628 G., 8 673 Br.
Norwegen	29 127 G., 29 273 Br.
Dänemark	31 421 G., 31 570 Br.
Schweden	47 381 G., 47 613 Br.
Italien	7 531 G., 7 569 Br.
London	817 950 G., 822 050 Br.
Konstantinopel	179 350 G., 180 450 Br.
Paris	10 274 G., 10 326 Br.
Schweiz	30 723 G., 30 877 Br.
Spanien	25 436 G., 25 564 Br.
Deutsch-Osterr.	261 G., 263 Br.
Wrag	5 436 G., 5 464 Br.
Buenos-Aires	62 343 G., 62 653 Br.

Unveränderte Münzankaufspreise der Reichsbank. Der Ankauf von Gold für das Reich erfolgt bis auf weiteres zum Preise von Mk. 550 000 für ein Spanisch-Markstück, Mk. 275 000 für ein Reichsmarkstück, für Reichsflorinmünzen wird der 11 000fache Betrag des Nennwertes bezahlt.

Stuttgarter Börse, 9. Juli. Die Börse zeigte fast auf allen Gebieten Hausse. Die Kurse der meisten Papiere stiegen auf 3 Millionen und mehr. Hypothekendarlehen + 25 000, Vereinsbank + 95 000, Baumwollspinnerei Unterhausen + 90 000, Brauereifaktien: Ravensburg + 15 000, Rottweil + 50 000, Würst, Hohenzollern + 40 000, Wulle + 45 000, Maschinen: Hesser + 90 000, Weingarten + 170 000, Zuckerfabriken + 50 000, Schleppschiffahrt 550 000. — Der **Freiverkehr** zeigte ebenfalls eine hauffartige Stimmung. Saline Ludwigsbühl bis 660 000. Die im Freiverkehr neu eingeführten Aktien der Vereinigten Wachwarenfabriken Dinglingen sowie der Aktiengesellschaft Lieb waren so stark gesucht, daß den großen Aufträgen viel zu wenig Material gegenüberstand.

Stuttgarter Landesproduktbörse, 9. Juli. Weizen 1—1,2 Millionen, Sommergerste 8—90 000 Mk.; Hafer 680—800 000 Mk.; Weizenmehl 1,5—1,8 Mill.; Sonnen: Kleie 4—500 000 Mk.; Weizen 80—100 000 Mk.; Aleschen 100—120 000 Mk.; Stroh drachgepreßt 80—100 000 Mk.

Alle die Verantwortlichen: Ludwig Schulz.

Altensteig-Dorf.

Das Sammeln von Waldbeeren

in den hiesigen Gemeinde- und Privatwäldern ist für Auswärtige

bei Strafe verboten.

Den 9. Juli 1923.

Gemeinderat.

Gemeinde Etmannsweller.

Das Sammeln von Beeren

jeder Art ist in den hiesigen Gemeinde- und Privatwäldern

bei Strafe verboten.

Im Verletzungsfall werden die Beeren abgenommen.

Gemeinderat.



KOSMOS

Gesellschaft der Naturfreunde bietet für jedermann einen billigen und guten Lesestoff

Belehrend — Unterhaltend

Jedes Mitglied erhält jährlich 12 reich illustrierte Monatshefte und vier gute Bücher erster Schriftsteller, außerdem

Preisvergünstigungen beim Bezug aller Kosmos-Veröffentlichungen

Anmeldung durch jede Buchhandlung oder bei der Geschäftsstelle des Kosmos, Stuttgart. Prospekt kostenlos

Würmer

Parasiten im Darmkanal, die auffallend in heutiger Zeit wasserhaft austreten und der Gesundheit großen Schaden bringen, Spul- und Madenwürmer, gegen welche die meisten Menschen vergebliche Kuren machen, besonders die außerordentlich hartnäckigen Akerwürmer, welche Kindern u. Erwachsenen die besten Kräfte nehmen, vertreibt man dauernd, mit „Wurweg“.

Stets frisch vorrätig bei Apotheker Jos. Englert Schwarzwald Drogerie, Altensteig.

Dienstmädchen

in guten Haushalten per sofort gesucht.

Robert Kircher Bijouteriefabrikant Pforzheim Eberleinstraße 16.

3 junge Gänse

verkauft

Gottfried Fischer, Schönm., Ebnhausen.

Lehrverträge

sind vorrätig in der W. Rieker'schen Buchhandlg.

Etwas Gutes

für Haar u. Haarboden ist echtes Brennessel-Haarwasser mit den 3 Brennesseln. Apotheke Altensteig.

Spiegel

in allen Größen u. verschiedenen Rahmen empfiehlt preiswert die

W. Rieker'sche Buchhandlung Altensteig.

Achtung! Achtung! Hausfrauen und Bürger von Altensteig!

Kaufe beim Gasth. z. Krone am Mittwoch und Donnerstag

sämtliches Altmaterial,

Zumpen das kilo zu 1500—2000 Mark
Wollgestricktes zu 4000
Knochen und Altpapier zu 300—500

sowie sämtl. Altmaterial, Alteisen, alte Schuhe zu den höchsten Tagespreisen.

Heinrich Hezel aus Stuttgart.

Achtung! Wichtig!

Jeberzeit erhalten Sie von mir für 18 Eier oder 8 Pfund Weizen, oder 1 Pfund Butter das für jede Familie unentbehrliche Buch „Die Entdeckung, Entwicklung und Geburt des Menschen“ frei ins Haus geliefert. Wenn Sie meine ausführliche Anzeige am 7. Juli in dieser Zeitung.

Buchversand Anton Donner, Stuttgart, Poststraße 34.

Altensteig.

Schulartikel

empfiehlt für Schüler und Gemeinden die

W. Rieker'sche Buchhandlung.

